



<b>ANFRAGE</b>	Vorlage Nr.:	<b>2020/0509</b>
AfD-Gemeinderatsfraktion		
<b>ScoolCard: Abbuchungsstopp oder zeitweise Erstattung der Gebühren</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>26.05.2020</b>	<b>55</b>	<b>x</b>	

1. Unter welchen Voraussetzungen ist ein Abbuchungsstopp bei der ScoolCard möglich, wie ihn die Elternbeiräte im Stadt- und Landkreis fordern?
2. Was spricht für, was gegen einen solchen Abbuchungsstopp?
3. Falls ein Abbuchungsstopp nicht möglich oder nicht sinnvoll erscheint, auf welche andere Weise ist geplant, den Eltern oder Schülern die ScoolCard-Gebühren zeitweise zu erlassen bzw. zurückzuerstatten?
4. Welche Person oder welches Gremium hat die Entscheidungskompetenz einen solchen Abbuchungsstopp oder eine solche zeitweise Erlassung von Gebühren betreffend beim KVV, den VBK und/oder der AVG?
5. Vor dem Hintergrund der unten genannten, vom Landesverkehrsminister Herrmann angekündigten Kompensation der Verkehrsbetriebe für entsprechende Erstattungen bei Schüler-Dauerkarten – wann ist mit der ausstehenden Entscheidung den KVV, die VBK oder die AVG betreffend zu rechnen?
6. Ist nach den Aussagen von Landesverkehrsminister Herrmann mit einer vollen Kompensation der entsprechenden Kosten zu rechnen, oder werden Teile der Kosten vom KVV bzw. von den VBK oder der AVG zu tragen sein? Falls ja, voraussichtlich in welcher Höhe?

#### **Sachverhalt/Begründung:**

In einer im April 2020 veröffentlichten Pressemitteilung fordern die Elternbeiräte im Stadt- und Landkreis Karlsruhe „die sofortige Aussetzung der Abbuchungen der ScoolCard-Abos während der vollständigen und teilweisen Schulschließung.“

Sie begründen diese Forderung wie folgt: „Aus Beispielen in anderen Verbänden - u.a. dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) - ist erkennbar, dass dies eine sinnvolle Möglichkeit ist, den von Minister Herrmann versprochenen finanziellen Ausgleich unkompliziert und angemessen zu vollziehen. Vor mehr als einer Woche haben einige Verbände bzw. Landkreise in Baden-Württemberg entschieden, auf diesem Weg die Elternanteile für mindestens einen Monat zu übernehmen. Es ist davon auszugehen, dass genauso lange auch die Entscheidungsträger im Bereich des Karlsruher Verkehrsverbundes (KVV) darüber diskutieren. Da der KVV nur ausführendes Organ ist, ist es die Entscheidung der den KVV tragenden Städte, Gemeinden und Landkreise, an die sich dieser Appell richtet. Von Eltern, die teilweise durch Kurzarbeit, weggefallene Aufträge oder Arbeitslosigkeit massiv unter den Folgen der Corona-Krise leiden, monatliche Beiträge für Leistungen zu verlangen, die sie oder ihre Kinder nicht in Anspruch nehmen dürfen, ist nicht in

Ordnung. Wenn der Verkehrsminister dieses mit der Forderung nach Solidarität begründet, missbraucht er die Situation, um von eigenen Verfehlungen abzulenken. Es ist nicht Aufgabe der Eltern, den ÖPNV zu sichern. Sollte nicht kurzfristig die Abbuchung der Abos gestoppt werden, entsteht ein immenser Aufwand für eine Rückabwicklung. Es kann als sicher angenommen werden, dass in Kürze Politik oder Gerichte entscheiden, dass den Eltern ihr Eigenanteil selbstverständlich zusteht. Wir fordern daher, die Abbuchungen für die ScoolCard sofort, das heißt bereits ab der unmittelbar anstehenden Mai-Abbuchung bis auf Weiteres auszusetzen. Nur so bleibt Eltern, Verwaltungen und dem KVV ein immenser bürokratischer Aufwand erspart – und die Eltern erhalten endlich ein Zeichen, dass Elternrechte bei der Nahverkehrs-Finanzierung nicht in Corona-Zeiten noch weiter eingeschränkt werden.“

Abgesehen davon, dass hier gute Argumente vorgebracht werden, wird auf den angekündigten Kostenersatz durch das Land hingewiesen und auf die Möglichkeit, entsprechende Ansprüche gerichtlich klären zu lassen. Der damit verbundene Aufwand und der zusätzliche bürokratische Aufwand für eine spätere Rückerstattung der Kosten sollen vermieden werden. Die mit dieser Argumentation vorgebrachten Forderungen sind ernst zu nehmen.

Unterzeichnet von:  
Dr. Paul Schmidt  
Oliver Schnell  
Ellen Fenrich